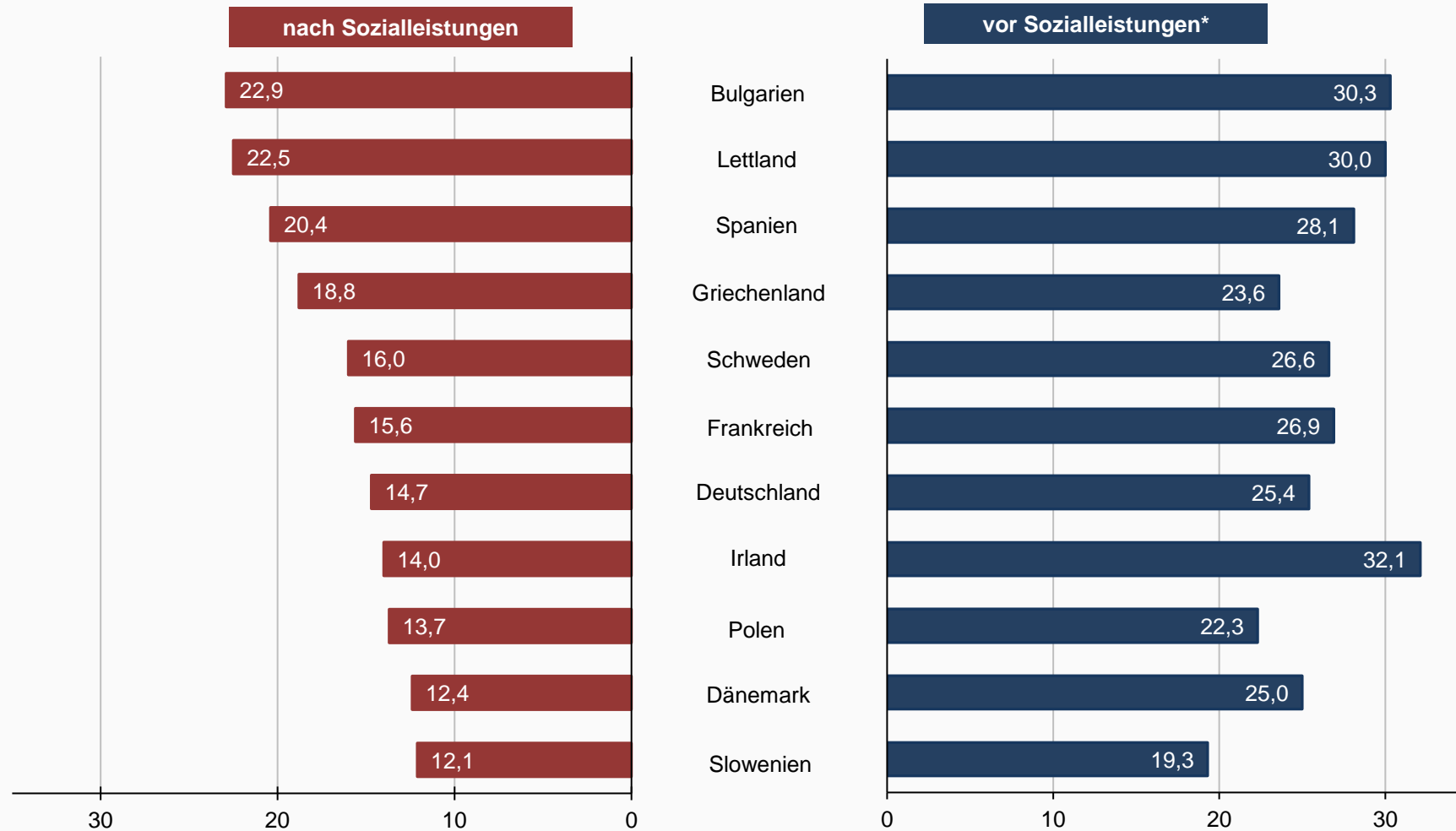


■ **Armutsgefährdungsquoten vor und nach Sozialleistungen in ausgewählten EU-Ländern 2022**
 Anteil der von Armut bedrohten Personen in % der Gesamtbevölkerung



* Bei der Armutsgefährdungsquote vor Sozialleistungen ist die Alterssicherung ausgenommen; Alterssicherungsleistungen werden als Einkommen berücksichtigt

Quelle: Eurostat (2023), Armutsgefährdungsquoten, EU-SILC

Armutsgefährdungsquoten vor und nach Sozialleistungen in ausgewählten Ländern der EU 2022

Als Mittel zur Verringerung von Armut setzen alle Länder verschiedene Sozialleistungen ein. Eine Möglichkeit, den Erfolg von Sozialschutzmaßnahmen zu bewerten, bietet der Vergleich der Indikatoren für die Armutsgefährdung vor und nach den Sozialtransfers.

Von den ausgewählten Ländern weisen im Jahr 2022 Bulgarien (22,9 %), Lettland (22,5 %) und Spanien (20,4 %) die höchsten Armutsgefährdungsquoten nach Sozialtransfers auf. Dabei handelt es sich ausschließlich um Länder aus Süd- und Osteuropa. Die Wirtschafts- und Finanzkrise kann nur bedingt als Erklärung für die relativ hohe Armutsgefährdung herangezogen werden, da die Werte schon vor dem Einsetzen der Krise im Jahr 2007 konstant hoch waren (vgl. [Abbildung X.10](#)). Dagegen liegen niedrigere Armutsquoten unterhalb des EU-Durchschnitts überwiegend in Mittel- und Nordeuropa vor, wie in Dänemark (12,4 %), Polen (13,7 %) und Irland (14,0 %), aber auch Slowenien (12,1 %).

Wird die Umverteilungswirkung von Sozialleistungen (ausgenommen die Alterssicherung) nicht berücksichtigt, erhöht sich die Armutsgefährdungsquote in den EU-Ländern zum Teil erheblich. Dabei wird das Armutsrisiko durch die Sozialleistungen in den einzelnen Ländern unterschiedlich stark gemindert. Werden die Staaten vor der Umverteilung von Sozialleistungen nach der Höhe der Armutsgefährdungsquoten sortiert, ergibt sich eine andere Reihenfolge als nach der Umverteilung. Ohne Sozialleistungen war im Jahr 2022 das Armutsrisiko in Irland (32,1 %), Bulgarien (30,3%) und Lettland (30,0 %) am höchsten.

Am deutlichsten konnte die Armutsgefährdung der Bevölkerung im Jahr 2022 in Irland und Dänemark gemindert werden, wo die Einkommen von zwischen 56 bzw. 50 % der von Armut bedrohten Bevölkerung über die Armutsschwelle angehoben werden konnten, also gut der Hälfte. Ebenfalls eine hohe Reduktion konnte in Deutschland, Frankreich und Schweden erreicht werden, wo zwischen 40 bis 42 % der Bevölkerung durch Sozialleistungen über die Armutsschwelle kamen.

Relativ gesehen bewirkten die Sozialleistungen in Griechenland (-20,3 %), Bulgarien (-24,4 %), Lettland (-25,0 %) und Spanien (-27,4 %) die geringste Armutsreduzierung der jeweiligen Bevölkerung. Damit entfalten die Sozialsysteme in Mittel- und Nordeuropa überwiegend eine größere Wirkungskraft als die Sozialsysteme in Süd- und Osteuropa.

Hintergrund

Die Bekämpfung von Armut zählt zu einem der wichtigsten sozialpolitischen Ziele der Europäischen Union. Trotzdem lebten 2022 in der EU etwa 72,7 Mio. Menschen unter Einkommensbedingungen, die mit einem Armutsrisiko verbunden sind (vgl. [Abbildung X.24](#)). Eine Armutsgefährdung liegt vor, wenn das für jedes Haushaltsmitglied verfügbare Haushaltseinkommen nicht ausreicht, um die Güter und Dienstleistungen

zu kaufen, die zur Abdeckung des soziokulturellen Existenzminimums erforderlich sind. Die Armutsgefährdungsschwelle ist auf 60 % des nationalen medianen verfügbaren Äquivalenzeinkommens festgesetzt.

Die nationalen Schwellenwerte für die Armutsgefährdung fallen dabei sehr unterschiedlich aus. Während der Schwellenwert für eine alleinstehende Person in Deutschland 2022 bei 15.000 € im Jahr liegt, liegt er in Dänemark mit 19.956 € noch mal deutlich höher. In Griechenland gilt eine Person bereits ab einem Betrag von unter 5.712 € im Jahr als armutsgefährdend und in Bulgarien ab einem Betrag von unter 3.227 €. In diesem Zusammenhang spricht man deshalb von einer relativen Armut.

Unterschiedliche Gruppen der Gesellschaft sind in unterschiedlichem Maße von Armut bedroht. Bei kaum einem Unterscheidungsmerkmal ist der Einfluss auf das Ausmaß der Armutsgefährdung größer als beim beruflichen Status. Im Jahr 2022 war die Armutsgefährdungsquote der Erwerbslosen in der EU mit 46,2 % fast dreimal so hoch wie die der Gesamtbevölkerung mit 15,6 % (vgl. [Abbildung X.9](#)).

Des Weiteren ergibt sich in der Betrachtung verschiedener Haushaltstypen in der EU-27 im Jahr 2022 ein besonders hohes Armutsrisiko bei alleinlebenden (26,1 %) und alleinerziehenden (31,8 %) Personen. Zusätzlich hängt das Armutsrisiko in hohem Maß mit dem erworbenen Bildungsgrad, dem Alter und dem Geschlecht zusammen. So liegt bspw. auch das Risiko über 65-Jähriger mit 17,3 % leicht über dem EU-Mittelwert für die Gesamtbevölkerung von 16,5 %, wobei die Unterschiede je nach Mitgliedsland sehr stark voneinander abweichen (vgl. [Abbildung X.28](#)).

Methodische Hinweise

Die Daten beruhen auf den Ergebnissen des EU-SILC (EU Statistics on Income and Living Conditions) vom Statistischen Amt der Europäischen Kommission (Eurostat). Der EU-SILC ist eine sich jährlich wiederholende Erhebung in allen EU-Ländern und dient als Bezugsquelle für vergleichende Statistiken über Einkommensverteilung und soziale Eingliederung in der Europäischen Union. In Deutschland wurde die Erhebung bis 2019 als eigene Erhebung umgesetzt und war mit etwa 14.000 befragten Haushalten je Jahr repräsentativ. Seitdem ist die Erhebung in den Mikrozensus integriert, wodurch mit rund 40.000 Haushalten noch einmal eine breitere Datenbasis erreicht wird. Grundlage der Berechnung ist ein differenziertes Einkommenskonzept mit Bezug zum Vorjahreseinkommen.

Die Armutsgefährdungsquote gibt an, wie hoch der Anteil der armutsgefährdeten Personen an einer Gesamtgruppe ist. Als armutsgefährdet gelten Personen, deren Einkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens beträgt. Dabei berücksichtigt die Einkommensberechnung sowohl die unterschiedlichen Haushaltsstrukturen als auch die Einspareffekte, die durch das Zusammenleben – durch gemeinsam genutzten Wohnraum, beim Energieverbrauch pro Kopf oder bei Haushaltsanschaffungen – entstehen. Die Einkommen werden also gewichtet.

Das verfügbare Haushaltseinkommen ist die Summe der gesamten Einkommen aller Haushaltsmitglieder aus allen Quellen (einschließlich Einkünften aus Erwerbstätigkeit, Anlagen und Sozialleistungen), wobei Einkommen auf Haushaltsebene hinzugerechnet, Steuern und Sozialbeiträge hingegen abgezogen werden. Um den unterschiedlichen Haushaltsgrößen und Zusammensetzungen Rechnung zu tragen, wird der Gesamtbetrag anhand einer Standard(äquivalenz)skala durch die Zahl der „Erwachsenenäquivalente“ dividiert. Bei dieser „modifizierten OECD-Äquivalenzskala“, werden der erste im Haushalt lebende Erwachsene mit 1,0, alle weiteren Haushaltsmitglieder im Alter von 14 Jahren und darüber mit 0,5 sowie Haushaltsmitglieder unter 14 Jahren mit 0,3 gewichtet. Das so ermittelte Äquivalenzeinkommen wird den einzelnen Haushaltsmitgliedern zugeordnet. Für die Erstellung der Armutsindikatoren wird das verfügbare Äquivalenzeinkommen berechnet, indem das gesamte verfügbare Haushaltseinkommen durch die Haushaltsäquivalenzgröße geteilt wird. Folglich ergibt sich für jede in dem Haushalt lebende Person dasselbe Äquivalenzeinkommen.

Die Höhe der Armutsrisikoquoten hängt u.a. auch von der Datenbasis ab. Auswertung mit dem Mikrozensus-Kern führen zu anderen Ergebnissen, da dort die Grundlage das monatliche Haushaltsnettoeinkommen bildet, wobei dieses als klassierte und pauschale Selbsteinstufung erfasst wird. Das Statistische Bundesamt weist für das Jahr 2022 eine (vorläufige) Armutsquote der Arbeitslosen von 49,2 % aus (vgl. [Abbildung III.72](#)).